

Vorläufiger Planungsstand: 28.06.2023

Der Bundeskongress Politische Bildung ist eine Kooperationsveranstaltung von Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), Deutsche Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) und Bundesausschuss Politische Bildung (bap)

Gegenwartsdeutungen – Zukunftserzählungen

Politische Bildung in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche

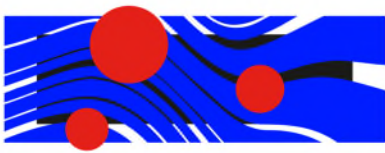
*„Bildung ist die mächtigste Waffe, die du verwenden kannst, um die Welt zu verändern“
(Nelson Mandela).*

Gewissheiten sind keine Gewissheiten mehr“, so beschreiben viele Menschen ihre Sicht auf die politische Welt der letzten 10 Jahre: Brexit, Sturm auf das US-Kapitol, Corona-Pandemie, Russlands Krieg gegen die Ukraine, beängstigende Naturkatastrophen und drängende Befunde über den nahenden Klimakollaps haben das Vertrauen in immerwährende Stabilität und stetigen Fortschritt erschüttert. Auch in Deutschland nehmen innergesellschaftliche Spannungen in der Auseinandersetzung mit den zahlreichen Krisen zu. Nicht nur scheint die Gewissheit einer allmählichen Überwindung der Trennlinien zwischen Ost- und Westdeutschland zu schwinden, generell zeigt sich, dass politische Streitfragen zur Pandemiebekämpfung, zur Migrations-, Gender- und Klimapolitik zunehmend aggressiv verhandelt werden. Auch haben die mörderischen Anschläge in Halle und Hanau sowie der Sturm auf den Reichstag in Berlin die gewaltvollen Folgen von Rassismus und Autoritarismus vor Augen geführt.

Gleichzeitig wurden in den vergangenen Jahren die gesellschaftlichen Verdrängungsmechanismen gegenüber Rassismus und Diskriminierung aufgeweicht. Bewegungen wie Black-Lives-Matter und MeToo haben diese Themen ins öffentliche Bewusstsein getragen. Damit haben sie wie auch viele andere zivilgesellschaftliche Initiativen einen bedeutsamen Schub für eine Entwicklung hin zu mehr Pluralität und Diversität geleistet.

Der Bundeskongress Politische Bildung 2023 möchte ein Forum sein, um über diese Entwicklungen zu diskutieren und mit neuen Erkenntnissen die Gestaltung einer lebenswerten Zukunft zu unterstützen.

Was sind adäquate Deutungsangebote der Gegenwart? Was implizieren diese für die politische Bildung? Wie können wir es schaffen produktiv mit den Anforderungen umzugehen? Welche positiven Gegenwarts- und Zukunftsbilder gibt es, auf die man sich zubewegen kann? In welchem normativen Rahmen soll sich die politische Bildung der Zukunft bewegen?



Donnerstag, 2. November 2023

18:00 – 20:00 Uhr: Auftaktveranstaltung u.a. mit

- **Prof. Dr. Naika Foroutan**, Direktorin des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung
- **Ingrid LaFleur**, Kuratorin und Afrofuturistin

20:00 – 22:00 Uhr: Empfang

Freitag, 3. November 2023

09:00 -10:30 Uhr: 4 parallele Sektionen (Nr. 1 - 4) + 11 Workshops

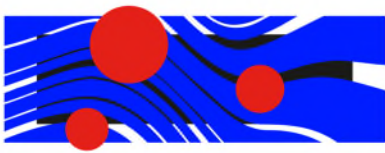
Sektion 1: Gesellschaftstheorien, Zeitdiagnosen und Zukunftserzählungen

Gesellschaftstheorien und Zeitdiagnosen versuchen die komplexen Zusammenhänge des sozialen Miteinanders in Worte zu fassen und auf diese Weise diskutierbar zu machen. Sie sind Ausgangspunkt für ein kritisches Überdenken gegenwärtiger Zustände und die Formulierung wünschenswerter Veränderungen für die Zukunft. Sie speisen und beeinflussen soziale Bewegungen und befeuern die intellektuelle Auseinandersetzung. Stimmt aber die häufig gestellte Diagnose, dass die Zeit der Utopien - der positiven Zukunftserzählungen - vorüber ist, weil sie angesichts der vielen düsteren Zukunftsprognosen ihre Überzeugungskraft verloren haben? Oder gibt es nicht nach wie vor positive Zukunftserzählungen, wie z.B. die Vorstellung von einem machtsensiblen, pluralen Zusammenleben, das sich durch Bildung und kritische Selbstreflexion erreichen lässt? Insbesondere die folgenden Fragestellungen sollen diskutiert werden:

- Welche Bedeutung haben Gesellschaftstheorien und Zeitdiagnosen für die politische Bildung?
- Welche Funktionen kann die (Aussicht auf eine gute) Zukunft für das Zusammenleben im Jetzt haben?
- Was bedeutet es, wenn der „Glaube“ an eine gute Zukunft verloren geht, welchen Raum eröffnet das für Prediger*innen des Irrationalen? Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Verlust an positiven Zukunftsbildern und der Faszination für Verschwörungserzählungen?
- Inwiefern kann oder soll politische Bildung an einer positiven und inklusiven Zukunftserzählung mitwirken?
- Welchen Beitrag soll politische Bildung in unserer postmigrantischen Gesellschaft leisten, so dass eine Dominanzkultur der Mehrheitsgesellschaft gegenüber marginalisierten Gruppen überwunden werden und sich ein transkulturelles Bewusstsein entwickeln kann?
- Wer wird bei der Behandlung von Zukunftsfragen gehört und beteiligt? Um wessen Zukunft geht es eigentlich?

PD Dr. Alexander Bogner, Institut für Technikfolgenabschätzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien

Prof. Dr. Nikita Dhawan, Professorin für Politische Theorie und Ideengeschichte, TU Dresden



Prof. Dr. Sabine Hark, Zentrum für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung, TU Berlin

Prof. Dr. Tonio Oeftering, Prof. Politische Bildung/Politikdidaktik, Universität Oldenburg

Moderation: Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung

Sektion 2: (Ent-) Demokratisierung

Ist die Demokratie in der Krise oder hat sie sich lediglich neuen Herausforderungen zu stellen, weil sie als dynamisches System einem ständigen Wandel unterliegt? Diese Frage wird seit Jahrzehnten diskutiert. Anzeichen der Krise erkannte man zuletzt im Anwachsen (rechts)populistischer Bewegungen, in sinkender Wahlbeteiligung und einer zunehmenden Skepsis gegenüber dem politischen Establishment. Inzwischen sind weitere Risikofaktoren hinzugekommen: Pandemie, Krieg, Inflation, unsichere Energieversorgung sowie rechtsextreme und antidemokratische Vertreter*innen in der Politik und in den Sicherheitsapparaten. Sind das neue Gefahren für die Demokratie? Wie lässt sich diesen begegnen. Die Sektion befasst sich mit den folgenden Fragestellungen:

- Ist die demokratische Staatsform noch zukunftsfähig?
- Welche Rolle spielt Gleichheit/Ungleichheit für die Stabilität einer Demokratie?
- Welche Rolle spielt (Nicht-)Partizipation und (Nicht-)Teilhabe von Menschen ohne Staatsbürger*innenschaft für die Stabilität der Demokratie?
- Welche Rolle spielt Moral im politischen Diskurs? Sollte sie überhaupt eine Rolle spielen?
- Welche Folgen für die Demokratie haben Lügen in der Politik? Wie beeinflussen Fake News in den (sozialen) Medien unser Verständnis von Demokratie und Teilhabe?
- Sind die Entscheidungsprozesse in der Demokratie geeignet große Krisen, wie z.B. die Klimakrise zu bewältigen? Ist eine Umgestaltung demokratischer Prozesse nötig und möglich?

PD Dr. Veith Selk, Institut für Politikwissenschaft, TU Darmstadt

Prof. Dr. Michael Zürn, Direktor der Abteilung Global Governance am WZB

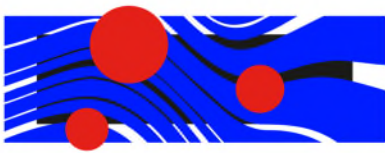
Dr. David Lanus, Vertretung der Professur und Leitung des Arbeitsbereiches Didaktik der Philosophie Johannes Gutenberg Universität Mainz (angefragt)

Prof. Dr. Elke Seefried, Professorin für Geschichte der Neuzeit, RWTH Aachen

Moderation: Jun.-Prof. Dr. Alexander Wahnig, DVPB-Vorsitzender und Juniorprofessor Universität Siegen

Sektion 3: (Nicht-) Nachhaltigkeit

Die nachhaltige Entwicklung ist als globales Leitprinzip international akzeptiert. Trotzdem lassen sich – insbesondere mit Blick auf den Klimawandel – kaum Fortschritte erzielen. Zu stark stehen die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – wirtschaftlich effizient, sozial gerecht, ökologisch tragfähig – in Konkurrenz zueinander. Während ökologisch gesehen ein Weniger an Produktion und Konsum notwendig ist, wären die sozialen Folgen einer wirtschaftlichen Schrumpfung schwerwiegend und würden zu Lasten der sozial Benachteiligten gehen. Gibt es Möglichkeiten trotzdem einen Weg der Nachhaltigkeit einzuschlagen? Welche Rolle spielen bestehende Machtverhältnisse bei der Blockierung einer nachhaltigen Entwicklung? Darüber hinaus sollen die folgenden weiteren Fragen besprochen werden:



- Welche wissenschaftlichen Erkenntnisse gibt es dazu, wie man die nötigen gesamtgesellschaftlichen Anpassungs- und Veränderungsprozesse für eine nachhaltige Entwicklung stimuliert, gestaltet und dauerhaft verankert?
- Ist Degrowth eine realistische Zukunftsvision?
- In welchem Verhältnis steht die zu beobachtende Politik und Gesellschaft der Nicht-Nachhaltigkeit zu „unseren Werten“ und „unseren Lebensstilen“?
- Welche kolonialen Kontinuitäten lassen sich in Klimapolitik und Klimabewegung sowie in Energiewendeprozessen feststellen?

Prof. Dr. Ingolfur Blühdorn, Prof. für soziale Nachhaltigkeit, Wirtschaftsuniversität Wien

Imeh Ituen, Sozialwissenschaftlerin und Aktivistin

Dr. Mandy Singer-Brodowski, Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der FU Berlin

Prof. Dr. Mathias Binswanger, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule Nordwestschweiz

Moderation: Jun.-Prof. Dr. Steve Kenner, DVPB- Beisitzer und Jun.- Professor für Politikwissenschaft und ihre Didaktik an der Pädagogischen Hochschule Weingarten

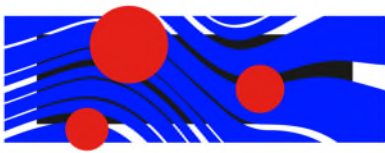
Sektion 4: Kritik der Moderne – Post/Kolonialismus/Dekolonialität

Die Moderne steht für Individualismus, persönliche Freiheit und Emanzipation. Gleichzeitig ist sie zu tiefst verwoben mit Kolonialismus, Rassismus und der Abwertung und Versklavung von Menschen. Wie passt das zusammen? Welche Auswirkungen hatten und haben diese Leitideen der Moderne auf die Entwicklung der Welt? Können Sie auch heute noch als Leitideen begriffen werden oder bedarf es einer grundsätzlichen Kritik? Folgenden Fragen möchten wir nachgehen:

- In welcher Weise prägt der Kolonialismus die heutige Welt? Welche kolonialen Kontinuitäten sind in Texten, Bildern, Sprache usw. weiterhin präsent? Was bedeutet dies ggf. für das Selbstverständnis der Profession der politischen Bildung?
- Welche Gegenerzählungen zur westlichen Kolonialgeschichte gibt es, die im Kampf um "historische Wahrheiten" häufig an den Rand gedrängt wurden? Inwiefern wurden die Wissensbestände der kolonisierten Länder abgewertet und was können wir heute von ihnen lernen um den Krisen der Welt zu begegnen?
- Emanzipation und Selbstermächtigung sind normative Leitideen der politischen Bildung. Wie verträgt sich das mit dem Befund, dass in ihrem Namen ein Teil der Welt unterworfen wurde?
- Wie können Dekolonisierungsmethoden in der politischen Bildung wirken, um die eindimensionale hegemoniale Erzählung zu brechen?
- Wie sind die westlichen Werte durch das Emanzipationsdenken geprägt?

Dr. Ibou Diop, Beauftragter der Direktion und Stabsstellen Kompetenzzentrale Dekolonisierung | Gesamtstädtisches Erinnerungskonzept „Kolonialismus“, Stadtmuseum Berlin

Dr. Malte Kleinschmidt, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Didaktik der Demokratie, Leibniz Universität Hannover (angefragt)



Dr. Noa K. Ha, Wissenschaftliche Geschäftsführerin des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung

Prof. Dr. María do Mar Castro Varela; Professorin für Soziale Arbeit und Allgemeine Pädagogik, Alice Salomon Hochschule Berlin

Moderation: Peggy Piesche, Fachbereichsleiterin in der Bundeszentrale für politische Bildung, **Iris Rajanayagam**, Referentin Bundeszentrale für politische Bildung

10:30 – 11:00 Uhr: Kaffeepause

11:00 – 12:30 Uhr: 3 parallele Sektionen (Nr. 5 – 7) + 12 Workshops

Sektion 5: Kritik der Postmoderne – Werte und Wahrheit

Das postmoderne Denken zeichnet sich durch Relativismus und sozialen Konstruktivismus aus. Demnach sind Wirklichkeitsbeschreibungen relativ und Realitäten sozial konstruiert. Jedes Wissen über die Welt wird von bestimmten Gruppen unter bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen produziert. So jedenfalls wird postmodernes Denken häufig beschrieben und in den letzten Jahren vielfach kritisiert. Es wird der Vorwurf erhoben, dass die postmoderne Argumentation, indem sie Wahrheit relativiert und Wissenschaft als konstruiert und damit beliebig betrachtet auch Verschwörungstheoretikern, Rechtspopulisten und Leugnern des menschengemachten Klimawandels den Weg bereitet habe. Muss man sich also von Denkschulen, die von einer pluralistischen Weltaneignung ausgehen, verabschieden und sich auf die Suche nach allgemeingültigen Werten und der absoluten Wahrheit machen? Folgenden Fragen möchten wir in dieser Sektion nachgehen:

- Gibt es allgemeingültige ethische Werte? Was bedeutet Wahrheit? Was bedeutet Gerechtigkeit?
- Können z.B. die Menschenrechte als allgemeingültig betrachtet werden oder sind sie eine Form des westlichen Imperialismus?
- Brauchen wir ein neues Verhältnis zu Wissen und wie verhandelt eine plurale Gesellschaft deren „Wert“?
- Wie wird Wissen validiert und was bedeutet dies für unser Verständnis von „Werten“ und Wahrheit? Wie und welche Formen des Wissens werden delegitimiert und warum?

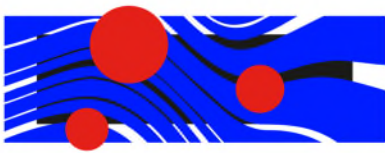
Jun.-Prof. Dr. Katrin Köppert Juniorprofessorin für Kunstgeschichte und populäre Kulturen, Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig

Prof. Dr. Philipp Sarasin, Prof. für Geschichte der Neuzeit und Schweizer Geschichte am Historischen Seminar der Universität Zürich

Prof. Dr. Paula-Irene Villa, Professorin für Soziologie und Gender-Studies, Ludwig-Maximilians-Universität München (angefragt)

Prof. Dr. Lutz Wingert, Professor für Philosophie, ETH Zürich

Moderation: Jutta Spoden und Sascha Scheier, Bundeszentrale für politische Bildung



Sektion 6: Von der Globalisierung zurück zur Deglobalisierung?

Die Unterbrechung internationaler Lieferketten während der Corona-Pandemie und damit verbundene Engpässe in verschiedenen Produktionszweigen, die Shut-Downs und Grenzschießungen, die zur Unterbrechung von Reise- und Arbeitsaktivitäten geführt haben wie auch die Lieferunterbrechungen in Folge des Ukraine-Kriegs haben dazu beigetragen, dass vermehrt über eine Deglobalisierung gesprochen wird. Manche diagnostizieren gar eine Verlangsamung und ein Bremsen des Weltgeschehens, was dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung sicherlich förderlich wäre. Birgt diese Entwicklung eine Chance zu positiven Veränderungen? Unbestreitbar findet (De-) Globalisierung auf vielen Ebenen statt, auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Kultur, der Medien, der Technik, des Tourismus usw., so dass man nicht von einer stringenten, alle Bereiche betreffenden, gleichmäßigen Entwicklung sprechen kann. Schon immer gab es parallele Prozesse von Vernetzung und Austausch auf der einen Seite und Abschottung und Rückzug auf der anderen Seite.

- Welche Folgen hat die diagnostizierte Deglobalisierung? Gibt es dazu wissenschaftliche Erkenntnisse?
- Welche transnationalen Treiber für die Globalisierung gibt es jenseits von Wirtschaft?
- Welche Bedeutung haben Entwicklungspolitik und soziale Bewegungen im Rahmen der Globalisierung?
- Was bedeutet das für die Glokalisierung? (vielsprachige, vielkulturelle und vielschichtige Gesellschaften)
- Wie lässt sich politische Bildung in einem globalen Verständnis von gesellschaftlicher Veränderung denken und ausüben? Aus welcher Perspektive denken und verhandeln wir?

Prof. Dr. Andreas Eis, Prof. für Didaktik der politischen Bildung, Universität Kassel

Prof. Dr. Jana Kleibert, Prof. für Wirtschaftsgeografie, Universität Hamburg

Dr. Katrin Kamin, stellvertretende Leiterin Forschungszentrum Trade Policy, Kiel Institut für Weltwirtschaft

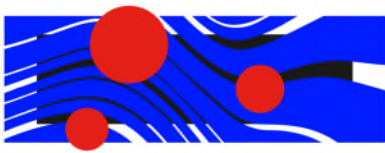
Prof. Dr. Aram Ziai, Prof. für Entwicklungspolitik und Postkoloniale Studien, Universität Kassel

Moderation: Ole Jantschek, Bundestutor für politische Jugendbildung, Ev. Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung

Sektion 7: Politische Bildung und Konflikt

Wir leben in einer Zeit, in der bei zunehmender Pluralisierung alte Bindungskräfte nicht mehr wirken, neue aber noch nicht entstanden sind. Es wird vielfach darauf hingewiesen, dass durch die zunehmende Heterogenität der Migrationsgesellschaft eine Zunahme des Konfliktpotenzials durchaus normal und im Rahmen der Demokratie auch wünschenswert sei und daher die konstruktive Konfliktaustragung der neue Kitt der Gesellschaft werden müsse.

Ist es möglich Know-how aufzubauen, um aktiv konstruktive Konfliktaustragung einzuüben und alle Akteure dafür zu sensibilisieren, dass diese eine wichtige gesellschaftliche Bindungsfunktion ausüben kann? Kann es überhaupt übereinstimmende Auffassungen darüber geben? Welche wissenschaftlichen Erkenntnisse gibt es dazu? Folgende Fragen sollen diskutiert werden:



- In welchem Verhältnis stehen politische Bildung und Konflikt? Welche Konzepte gibt es in der politischen Bildung, um Konflikte zu bearbeiten?
- Was haben wir aus der Corona-Zeit gelernt?
- Wie lässt sich das teilweise vorherrschende Unverständnis zwischen Ost- und Westdeutschland in der politischen Bildung aufgreifen?
- Welche Problematiken/Themen haben sich aus dem Krieg in der Ukraine ergeben?
- Wie hat sich politische Bildung seit Halle und Hanau verändert oder wie muss sich politische Bildung seit Halle und Hanau verändern?
- Was kann politische Bildung beitragen, damit innergesellschaftliche Spannungen und Polarisierungen auf einem „angemessenen“ Niveau bleiben und nicht eskalieren? Was ist ein „angemessenes“ Niveau?
- Welche Aufgabe hat die politische Bildung in Krisenzeiten?

Dr. Björn Milbradt, Leiter der Fachgruppe „Politische Sozialisation und Demokratieförderung“ beim Deutschen Jugendinstitut, Außenstelle Halle

Prof. Dr. Sophie Schmitt, Prof. für Didaktik der Sozialwissenschaften, Universität Gießen

Prof. Dr. Susann Gessner, Prof. für Didaktik der politischen Bildung, Universität Marburg

Dr. Patrice G. Poutrus, Lehrstuhl Neuere und Zeitgeschichte und Geschichtsdidaktik, Universität Erfurt

Moderation: Ina Bielenberg, Geschäftsführerin Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V.

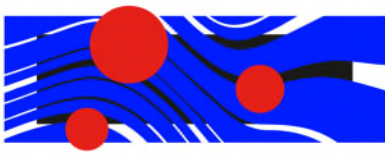
12:30 – 14:00 Uhr: Mittagspause

14:00 – 16:00 Uhr: 2 parallele Sektionen (Nr. 8 - 9) + 13 Workshops Kongresshalle + 10 Workshops außerhalb

Sektion 8: Zukunftsbilder der Jugend in Transformationszeiten

Jung sein ist eine Zeit des Aufbruchs und des Ausprobierens. Das Aufwachsen in Krisenzeiten fordert die Aufbruchsstimmung dieser Lebensphase jedoch heraus. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine trifft auf eine Jugend, die durch die Pandemiejahre bereits sehr verunsichert ist und auf einzigartige zu ihrer Lebensphase gehörende Erfahrungen verzichten musste. Junge Menschen beklagen, dass ihre Stimmen in Politik und Gesellschaft zu wenig zählen, obwohl ihre Zukunft massiv betroffen ist. Verschiedene Studien zeigen zudem, dass Zukunftsängste und Gefährdungen der psychischen Gesundheit in der jungen Generation zunehmen. Zugleich sind junge Menschen gesellschaftlich engagiert und politisch interessiert wie lange nicht. Besonders die Klimakrise führt zu verschiedenen Engagement-, Bewegungs- und Protestformen, die mehrheitlich von jungen Menschen getragen werden.

- Welche Folgen hat das Aufwachsen in Krisenzeiten für die Generation, die künftig Demokratie gestaltet?
- Was bedeuten die gestiegenen Zukunftsängste in der jungen Generation für die politische Bildung?



- Wie kann politische Bildung dazu beitragen, Transformationen zu gestalten, positive Zukunftserzählungen mit jungen Menschen zu entwickeln und ihnen die eigenen Handlungsoptionen in diesen Prozessen aufzuzeigen?
- In welchem Verhältnis steht die politische Bildung zu aktuellen Protest- und Bewegungsformen junger Menschen?

Prof. Dr. Thomas Coelen, Prof. für Erziehungswissenschaft mit den Schwerpunkten Sozialisation, Jugendbildung und Lebenslaufforschung an der Universität Siegen

Laura Cwiertnia, Stellvertretende Ressortleiterin im Ressort Green, DIE ZEIT

Julia Lingenfelder, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Lehr- und Forschungsbereich Politikwissenschaft, Bildungspolitik und politische Bildung an der Universität zu Köln

Dr. Hendrik Kasper Schröder, Universitätslektor Universität Bremen, Bereich Politikwissenschaft und ihrer Didaktik

Moderation: Hanna Lorenzen, Sprecherin der Gemeinsamen Initiative der Träger politischer Jugendbildung im Bundesausschuss politische Bildung

Sektion 9: Ukraine

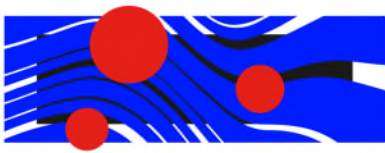
Russlands Krieg gegen die Ukraine hat langfristige Folgen für Europa und die globale Ordnung - nicht nur in sicherheitspolitischer Hinsicht sondern auch mit Blick auf die sich wandelnde Wahrnehmung der Ukraine. Durch den Krieg werden alte Denkmuster in Frage gestellt, die die Ukraine immer nur als Teil der Einflusszone Russlands wahrgenommen haben ohne zu realisieren, dass sich längst eine selbstbewusste, unabhängige Gesellschaft entwickelt hat. Wissenschaftler/innen beklagen, dass es aus Unkenntnis viele Fehlwahrnehmungen über den sogenannten Osten und die Ukraine gebe, die dringend aufgearbeitet werden müssen.

- Welche Fehlwahrnehmungen sind gemeint und worin sind sie begründet?
- Wie sieht das Verhältnis Deutschlands zu seinen östlichen Nachbarn nach der „Zeitenwende“ aus?
- Haben Deutschland und die EU eine Strategie für die zukünftige Einbindung der Ukraine gegenüber Russland?
- Wie könnte eine Sicherheitsordnung der Zukunft angesichts der Bedrohungen, die von Diktaturen ausgehen, aussehen?
- Wie können die Aufarbeitung bzw. die Dekolonisierung der Geschichte in Bezug auf Europas Osten gestaltet werden? Wie lassen sie sich in die politische Bildung transferieren?

Prof. Dr. Jan Claas Behrends, Professor für "Diktatur und Demokratie. Deutschland und Osteuropa von 1914 bis zur Gegenwart" Europauniversität Viadrina Frankfurt Oder

Kateryna Mishchenko, Schriftstellerin, Publizistin

Prof. Dr. Gwendolyn Sasse, Wissenschaftliche Direktorin des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien (angefragt)



Kateryna Stetsevyh, Leiterin der Projektgruppe Mittel-, Ost- und Südosteuropa, Bundeszentrale für politische Bildung

Moderation: N.N.

Samstag, 4. November 2023

09:00 -10:30 Uhr: 3 parallele Sektionen (Nr. 10-12) + 12 Workshops

Sektion 10: Zukunftsbilder und –visionen für Europa

Eine entschlossene, starke EU, die sich einig ist in der Anerkennung von Demokratie, Pluralismus und Menschenrechten, ist ein positives Zukunftsbild, dem derzeit jedoch viele Faktoren entgegenstehen. Die EU definiert sich als Wertegemeinschaft, trägt aber untereinander tiefgehende Konflikte über diese Werte aus. Gleichzeitig mangelt es auch in den einzelnen Politikfeldern der EU an der Anwendung dieser Werte, wie z.B. in der Flüchtlingspolitik oder der Wirtschaftspolitik. Diese Kluft zu überwinden, ist eine wichtige Zukunftsaufgabe, zu der insbesondere die politische Bildung einen Beitrag leisten kann. Folgenden Fragen möchte sich die Sektion widmen:

- Welche Europabilder herrschen in den einzelnen Staaten vor? Wie stellen sich die EU-Bürgerinnen und Bürger die Zukunft der EU vor? Welche länderspezifischen Unterschiede gibt es?
- Welche Veränderungen ergeben sich durch den Ukraine-Krieg?
- Wie unterscheidet sich die osteuropäische Perspektive auf Europa von der westeuropäischen?
- Wie entwickeln sich die rechtspopulistischen Bewegungen in Europa? Sind sie Ausdruck einer kulturellen Gegenbewegung?
- Welche Rolle kann die transnationale Zivilgesellschaft für eine gefestigte Europäische Union spielen?
- Wie divers ist Europa und wo wird diese Diversität verhandelt?

Isabell Hoffmann Senior Expert Europäische Integration, eupinions, Bertelsmann Stiftung

Prof. Dr. Guido Thiemeyer, Prof. für Neuere Geschichte, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

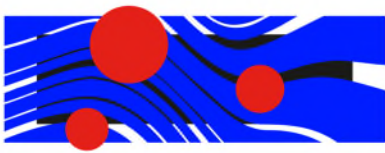
Prof. Dr. Alexander Libman, Prof. für Politikwissenschaft, FU Berlin, Osteuropa-Institut

Prof. Dr. Claudia Wiesner, Prof. für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Europäische Integration, Hochschule Fulda

Moderation: **Benedikt Widmaier**, DVPB-Beisitzer und langjähriger politischer Bildner

Sektion 11: Ungleichheit und Intersektionalität

Wenn auch die Sensibilisierung gegenüber Diskriminierung durch Bewegungen wie #MeToo und Black Lives Matter zugenommen hat, so sind wir doch weit entfernt von dem Ideal einer diskriminierungsfreien Gesellschaft, in der alle Menschen angstfrei leben können und gleiche Partizipationsmöglichkeiten haben. Das Konzept der Intersektionalität liefert Analyseinstrumente, um Diskriminierung in ihrer Mehrdimensionalität zu beschreiben und zu bearbeiten. Sie behandelt die Wechselwirkungen und Verschränk-



heit verschiedener Diskriminierungsformen wie Rassismus, Sexismus, Klassismus usw. Jedoch gibt es auch Kritik an diesem Konzept: Es lenke vom Eigentlichen ab, es überbetone Identität, es fördere eine Kultur des Opferstatus, es führe zu Zersplitterung, da es unzählige Kombinationen von Identitätsmerkmalen gebe usw. Daher möchten wir folgende Fragen diskutieren:

- Wie kann ein intersektionaler Ansatz dazu beitragen, gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, sowie Möglichkeiten der Teilhabe und Partizipation zu erhöhen.
- Welche Rolle spielt Intersektionalität für ostdeutsche migrantische Perspektiven?
- Welche Rolle spielen intersektionale Ansätze für Empowerment?
- Welche intersektionale Methoden gibt es? Wie kann intersektionale politische Bildung gestaltet werden?
- Was ist eine intersektionale Sozialforschung
- Stimmt der Vorwurf, dass die Politik einer sozialen Angleichung und Gleichstellung zugunsten von Identitätspolitik aufgegeben werde und dass Identitätspolitik zu einer Fragmentierung und damit Schwächung sozialer Bewegungen führe?

Prof. Dr. Maisha Maureen Auma, DiGENet Gastprofessorin, Audre Lorde Chair for Intersectional Diversity Studies, Diversity and Gender Equality Network der Berlin University Alliance, TU Berlin

Maryam Haschemi Yekani, Rechtsanwältin mit Schwerpunkt Antidiskriminierungsrecht

Katharina Warda, Soziologin, freie Autorin

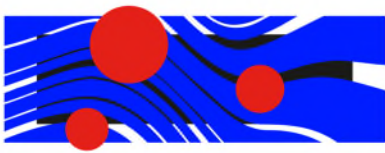
Dr. Francis Seeck, Kulturanthropolog*in, Institut für Europäische Ethnologie der Humboldt-Universität zu Berlin

Moderation: Barbara Menke, Bundesgeschäftsführerin Arbeit und Leben

Sektion 12: Zukunft der politischen Bildung

Bildung kann beitragen, die Welt zu verändern, aber wie muss sich Bildung verändern, um zukunftsfähig zu sein? Die Idee einer transformativen Bildung geht davon aus, dass es nicht ausreicht, Wissen und Fähigkeiten zu erweitern, sondern dass Bildung zu einer grundlegenden Veränderung von Selbst- und Weltbildern beitragen sollte. Seit der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung, die 1992 in Rio de Janeiro stattfand, ist die nachhaltige Entwicklung als globales Leitprinzip international akzeptiert. Inwiefern nimmt das Einfluss auf den Referenzrahmen der politischen Bildung - von einer nationalen Ausrichtung mit Bezug auf das Grundgesetz hin zu mehr Internationalität auf Basis der UN-Agenda 2030? Folgende Fragen sollen in der Sektion diskutiert werden:

- Sind die Gegenwartsdeutungen der politischen Bildung zu sehr auf Defizite und Krisen ausgerichtet. Braucht es mehr positive Impulse und Visionen aus den Reihen der Profession?
- Was macht politische Bildung der Zukunft aus? Wie ist das Selbstverständnis der Profession? Wie sind die Bezüge zu Theorie(traditionen) sowie Gegenwartsdeutungen?
- Wie kann eine diskriminierungskritische politische Bildung aussehen, um unser plurales und demokratisches Selbstverständnis zu sichern?
- In welchem Verhältnis steht politische Bildung zu „Zukunft“?
- Was bedeuten aktuelle Themen (z.B. Identitätspolitik) auf der Metaebene der politischen Bildung?



- Ist nicht mit den 17 Sustainable Development Goals (SDG) bereits eine globale Zukunftsvision formuliert? Ist das der neue normative Bezugsrahmen für die politische Bildung?

Dr. Werner Friedrichs, Fachvertreter für Didaktik der Sozialkunde, Universität Bamberg

Prof. Dr. Mona Massumi, Institut für berufliche Lehrerbildung, FH Münster (angefragt)

Dr. Julia Grün-Neuhof, Zentrum für Arbeit und Politik, Universität Bremen

Prof. Dr. Andreas Petrik, Prof. für Didaktik der Sozialkunde, Universität Halle-Wittenberg

Moderation: Wilfried Klein, Vorsitzender des Bundesausschuss Politische Bildung, Geschäftsführer des Gustav-Stresemann-Instituts, Bonn

10:30 – 11:00 Uhr: Pause

11:00 – 12:30 Uhr: 2 parallele Sektionen (Nr. 13 – 15) + 12 Workshops

Sektion 13: (Des-) Informationsräume und Folgen für die Gesellschaft

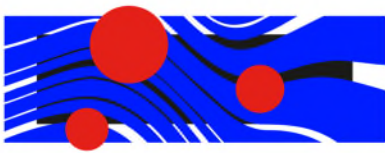
Der digitale Raum stellt eine Öffentlichkeit her, die anderen Regeln folgt als die „analoge“ Öffentlichkeit. Gleichzeitig finden öffentliche Diskurse heute zu großen Teilen im Digitalen statt, so dass der digitale Raum für die Öffentlichkeit von zentraler Bedeutung ist. Gelenkt wird die Kommunikation dabei oft von intransparenten Algorithmen. Wenn Künstliche Intelligenz (KI) immer mehr an Bedeutung gewinnt, drängt sich die Frage auf, an welchen Daten diese KI trainiert wird. Was bedeutet diese Lenkung von Kommunikation und Öffentlichkeit für die Verteilung von Macht in einer Gesellschaft? Wer wird repräsentiert, wer wird ausgeschlossen und ist unsichtbar? Wie rassistisch und diskriminierend sind Technologien und Daten? Neben technologischen Entwicklungen (wohlgemerkt menschengemacht) wird von Fachleuten die Gefahr einer zunehmenden Manipulation durch private und politische Akteure beschworen. Reaktionen aus der Politik waren und sind jedoch oft zögerlich und stoßen bei Vertreter*innen der Netzpolitik oft auf starke Kritik. Was müsste geschehen, um den digitalen Raum demokratischer zu gestalten? Folgenden Fragen möchten wir nachgehen:

- Wie können soziale Netzwerke und Suchmaschinen reguliert werden?
- Wie manipulativ ist das Netz? Welche Perspektiven setzen sich durch und warum? Wie medienkompetent sind Bürgerinnen und Bürger?
- Wie verändert sich die Wissensordnung durch das Internet?
- Wie kann die Gesellschaft Einfluss nehmen auf die Gestaltung der digitalen Öffentlichkeit?
- Wie kann man dafür sorgen, dass die Wirkung von Algorithmen transparenter wird?
- Wie können KI und Algorithmen intersektionaler und inklusiver gestaltet werden?

Dr. Anna-Katharina Meßmer Projektleiterin „Auditierung von Empfehlungssystemen“, Stiftung Neue Verantwortung

Prof. Dr. Christoph Neuberger, Prof. für Publizistik und Kommunikationswissenschaft, FU Berlin

Prof. Dr. Andrea Szukala, Prof. für Fachdidaktik der Sozialwissenschaften, Universität Augsburg



Sophie Timmermann, CORRECTIV. Faktencheck

Moderation: Francesca Schmidt, Referentin Bundeszentrale für politische Bildung

Sektion 14: Phänomene spezifischer Rassismen und Antisemitismus

Die Studie „Rassistische Realitäten“ (DeZIM) kommt zu dem Ergebnis, dass nahezu die gesamte Bevölkerung erkennt, dass Rassismus eine Realität in Deutschland ist, jedoch ist das Problembewusstsein nicht für alle Formen des Rassismus ausgeprägt. Antisemitismus und antischwarzer Rassismus werden eher als solche erkannt als beispielsweise antiasiatischer, antimuslimischer, antislawischer oder Rassismus gegen Sinti*zze und Rom*nja. Zudem erleben wir einen zunehmenden Deutungskampf zwischen zwei moralisch aufgeladenen Postulaten zur deutschsprachigen Gedächtniskultur und Geschichtspolitik: Dabei zeigt sich eine sich verhärtende Lagerbildung zwischen der Antisemitismuskritik auf der einen und der rassismuskritischen und postkolonialen Erzählung auf der anderen Seite. Antidiskriminierungsbestrebungen müssen sich mit diesen Befunden auseinandersetzen und danach fragen, wie sich eine Sensibilisierung für alle Formen von Rassismus herstellen lässt, ohne Konkurrenzen zu fördern. Weitere Fragen sollten sein:

- Inwieweit können abgrenzende Identitätspolitiken ein Erfolgsmodell sein und wann braucht es Allianzen, um Ungleichheit und Diskriminierung abzubauen?
- Welche Rolle kann ein intersektionaler Ansatz spielen, um das Spannungsfeld aufzuweichen?
- Welche nationalen Unterschiede gibt es hinsichtlich der thematischen Rahmung unterschiedlicher Rassismen?
- Welche Rolle spielen antirassistische, soziale Bewegungen als Motor gesellschaftlichen Wandels? Welche inhaltlichen und strukturellen Veränderungen müssen unternommen werden um ihre Arbeit anzuerkennen oder einzubinden?
- Wie kann postkoloniale, plurale Erinnerung in einer postnationalsozialistischen Gesellschaft aussehen? Wie verhindert man eine Konkurrenz des Erinnerns?

Prof. Dr. Astrid Messerschmidt, Prof. für Erziehungswissenschaft, Universität Wuppertal

Dr. habil. Hans-Christian Petersen, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

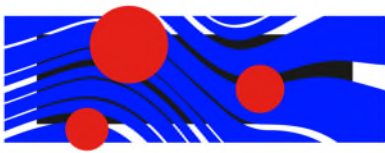
Prof. Dr. Karim Fereidooni, Juniorprofessor für Didaktik der sozialwissenschaftlichen Bildung, Universität Bochum

Dr. Manuela Bauche, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, FU Berlin

Moderation: Dr. Jane Weiß, Referentin Bundeszentrale für politische Bildung

Sektion 15: Frieden und Konflikt

Die vielzitierte "Zeitenwende" geht über einen Bruch in Europa weit hinaus. Sie bedeutet das vorläufige Ende der Bemühungen um eine kooperative regelbasierte internationale Ordnung, wie sie nach dem Kalten Krieg beschworen wurde. Der damit einhergehende Paradigmenwechsel in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik verändert auch den innenpolitischen Diskurs. Welche Rolle soll und kann Deutschland im Spannungsfeld von Krieg, Konflikten und Friedensoptionen zukünftig spielen?



- Welche Herausforderungen ergeben sich für Deutschlands Stellung in der EU?
- Welche Konsequenzen ergeben sich für Europa und für die Welt? Wie rezipieren andere Staaten in der Welt die derzeitigen globalen Erschütterungen?
- Verschiebt sich eine globale Gewichtung von Konflikten und deren Akteuren?
- Welchen sicherheitspolitischen Herausforderungen sehen sich Deutschland und die EU gegenüber?
- Welche Antworten hat eine feministische Außenpolitik auf Krisen und Kriege? Wie unterscheiden sich diese von den bisherigen Strategien und Maßnahmen?
- Welche Rolle haben zivile Komponenten in der Sicherheitspolitik?
- Wofür steht ein „aufgeklärter Pazifismus“? Wie schafft und erhält man Frieden?

Prof. Dr. Wilfried Hinsch, Professor für Praktische Philosophie, Universität Köln

Kristina Lunz, Centre for Feminist Foreign Policy gGmbH

Prof. Dr. Susanne Schröter, Direktorin Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam, Goethe-Universität Frankfurt a.M.

Prof. Dr. Johannes Varwick, Prof. für Internationale Beziehungen und europäische Politik, Universität Halle-Wittenberg

Moderation: Dr. Luisa Girnus, DVPB Beisitzerin, Universität Potsdam

12:45 – 13:45 Uhr: Abschlussplenum